



Klimakonferenz in Paris: Faktenblatt 4

Datum: 26. November 2015

Klimafinanzierung

Massnahmen zur Emissionsreduktion sowie zur Anpassung an den Klimawandel erfordern umfangreiche Investitionen. Dazu braucht es finanzielle Mittel. Darum ist die Finanzierung klimapolitischer Massnahmen in Entwicklungsländern in den internationalen Verhandlungen ein wichtiges Thema.

An der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 versprachen die Geberländer, **bis 2020** jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus privaten und öffentlichen Quellen zu mobilisieren, um klimapolitische Massnahmen wie z.B. Investitionen in erneuerbare Energien in den Entwicklungsländern zu unterstützen; unter anderem über den Grünen Klimafonds (*Green Climate Fund, GCF*). Anlässlich der ersten Kapitalisierung des GCF kündigten die Geberländer öffentliche Beiträge von mehr als 10,2 Milliarden Dollar an. Die Schweiz sagte eine Beteiligung im Umfang von 100 Millionen Dollar zu, die sie innerhalb von drei Jahren (2015-2017) einzahlte.

Im Hinblick auf die diesjährige Klimakonferenz in Paris hat eine Gruppe von 18 Geberländern unter dem Vorsitz der Schweiz eine Methodik entwickelt, welche es erstmals ermöglicht, die mobilisierten Klimafinanzflüsse nicht nur aus öffentlichen, sondern auch aus privaten Mitteln für Entwicklungsländer zu ermitteln. Basierend auf dieser Methodik hat die OECD zusammen mit dem Think-Tank Climate Policy Initiative CPI im September 2015 einen ersten Statusbericht publiziert.

Bereits 2014 wurden 61,8 Milliarden Dollar durch alle Geberstaaten gemeinsam mobilisiert (70% öffentliche Mittel, 3% Exportkreditgarantien, 27% private Mittel). Dies zeigt, dass die Staatengemeinschaft auf gutem Weg ist, bis 2020 jährlich USD 100 Milliarden zu mobilisieren.

Das Ziel der entwickelten Länder, 100 Milliarden Dollar zu mobilisieren, um die Klimapolitik der Entwicklungsländer nach 2020 zu unterstützen, ist ehrgeizig. Der gesamte Investitionsbedarf in Entwicklungsländer für die nötige Klimapolitik ist jedoch deutlich höher. Es ist von zentraler Bedeutung, dass sich in Paris alle Länder zu günstigen Rahmenbedingungen für klimafreundliche Investitionen verpflichten, und dass insgesamt die Voraussetzung für eine Transformation der weltweiten Investitionen hin zu klimaverträglichen Investitionen geschaffen werden.

Das Klimaabkommen von Paris soll Finanzierung **nach 2020** zusätzlich zu den zugesicherten 100 Mrd. Dollar regeln.

Position der Schweiz

- Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass grundsätzlich jedes Land gemäss seinen Kapazitäten Ressourcen für die Klimapolitik bereitstellen soll.
- Die Schweiz anerkennt aber auch, dass einige Länder auch in Zukunft finanzielle Unterstützung für Klimamassnahmen benötigen. Sie setzt sich dafür ein, dass alle Länder, die dazu in der Lage sind, finanzielle Unterstützung leisten für jene, die diese benötigen.
- Sowohl öffentliche wie auch private Mittel und eine Vielzahl von Finanzinstrumenten sind für eine ambitionierte und effektive Klimapolitik notwendig.
- Die Finanzmärkte spielen beim notwendigen Umbau der Infrastruktur eine entscheidende Rolle. Aus diesem Grund soll das neue Abkommen sicherstellen, dass Investitionen klimafreundlicher werden. Es soll die Staaten dazu anhalten, die Voraussetzungen dafür zu verbessern.

Internet

- [BAFU – Joint Statement on Tracking Progress Towards the 100 billion Goal](#)
- OECD - [Climate Finance in 2013-14 and the USD 100 billion goal, a report by the OECD in collaboration with the Climate Policy Initiative](#)